

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Vorkantitäten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Fernsprecher 27. Telegramm-Adresse: Zeitung.



Anzeigen

werden die sechsgepatene 8 mm hohe (Netto-)Zeile über deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Begehrung ausgenommen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.

Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 25.

Donnerstag, den 26. Februar 1925

18. Jahrgang.

Rein wie das feinste Gold, steif wie ein Felsenstein,
Ganz lauter wie Kristall soll dein Gemüte sein.

Am den Kontrollbericht.

Die Art und Weise, mit der in Paris und London die Frage der Veröffentlichung des Kontrollberichts bisher behandelt wurde, schien die schon so oft behauptete Annahme zu rechtfertigen, daß einmal im Bericht selbst reichliche Unklarheiten enthalten waren, welche noch beseitigt werden mußten. Andererseits tritt es jetzt klar zutage, daß von französischer Seite aus die Hauptteile des Berichts diktiert worden sind und daß man in London mit diesem vorgeschriebenen Text nicht völlig einverstanden war.

Auch in der englischen öffentlichen Meinung zeigte sich daher eine gewisse Beunruhigung über dies so geheimnisvoll behandelte Dokument. Es tauchten die Fragen in der Londoner Presse auf: Hat die Regierung vielleicht es noch notwendig, Proben auf die Stichhaltigkeit der Berichte vorzunehmen? Was könnte Paris insbesondere veranlassen, dafür einzutreten, den Bericht selbst zwar ganz, aber nur auszugsweise aus seinen umfangreichen Unterlagen zu veröffentlichen? Die Antwort ließ man in der Hauptsache offen. Gewiß wird man in London gegenüber der eigenen Regierung nicht Mangel an Gründlichkeit und Umsicht bei der Befolgung zum Vorwurf machen wollen. Aber Anzeichen der Unzufriedenheit des englischen Publikums, des immer wieder berechtigten Mißtrauens gegen Frankreich liegen vor und lassen hier und dort bereits die Forderung nach einer klaren Aufklärung darüber hervorbrechen, inwiefern die Beschlüsse der Kommission durch die in den Berichten angeführten „Tatsachen“ gerechtfertigt werden. Schon um der bevorstehenden Genfer Verhandlungen willen, müßte der Bericht, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ausführlich, ganz oder überhaupt nicht veröffentlicht werden.

In dem Augenblick, da diese Stimmungsäußerungen aus London gemeldet werden, bringt eine Mitteilung der französischen Hasasagentur die immerhin bemerkenswerte Nachricht, daß über die ganze Frage eine Kontrollkonferenz nach Brüssel berufen werden soll. Deutschland würde dazu eingeladen werden, an der Konferenz sich zu beteiligen aber nicht auf der Grundlage der Gleichberechtigung, sondern nur zur Entgegennahme der neuen „Abstützungs-Verbindungen“. Die Quelle, aus der die Nachricht stammt, läßt zunächst vermuten, daß es sich hier um einen Vorschlag von französischer Seite handelt. Vielleicht will man in Paris, den englischen Verlegenheiten auf diese Weise entgegenkommend, ein Ende bereiten. Die Möglichkeit aber besteht auch, daß man in London auf diesen Ausweg verfallen ist, um schließlich die Verantwortung für diesen Schritt, der so völlig wieder den Methoden Poincarés entspricht, auf die Schultern der französischen Freunde zu übertragen und sich selbst dabei unter Aufrechterhaltung der Maske des christlichen Spiels zu entlasten.

Eberts Befinden.

Normales Verlauf der Krankheit.
Im Zustand des Reichspräsidenten ist eine Veränderung bisher nicht eingetreten. Der Kranke hat die beiden ersten Tage nach der Blinddarmpoperation gut verbracht. Nach Ansicht der behandelnden Ärzte nimmt die Krankheit bis jetzt einen normalen Verlauf. Temperatur, Puls und Allgemeinbefinden sind zufriedenstellend.

Die Teilnahme an der Erkrankung Eberts.

Aus Anlaß der Erkrankung des Reichspräsidenten haben die fremden Diplomaten, teils durch persönliche Besuche, teils durch Besuche ihrer Vertreter, ihre Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Im Laufe des Dienstags haben in der Wohnung des Reichspräsidenten vorgeschrieben: der päpstliche Nuntius, die Botschafter Englands, Spaniens, Frankreichs, Rußlands, Italiens, Japans und der Türkei, die Gesandten Desterreichs, Schwedens, der Schweiz, Belgiens, Dänemarks, Uruguays, Lettlands, Polens und Chinas, ferner der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert.

Außerdem haben der Reichskanzler, die Reichsminister, der preussische Ministerpräsident Marx, die Gesandten Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens und Sachsens sowie zahlreiche Parlamentarier und andere politische Persönlichkeiten ihre Anteilnahme geäußert.

Die Rentenbank-Kreditanstalt.

Das neue Kreditinstitut der deutschen Landwirtschaft.
Die Reichsregierung hat soeben dem Reichsrat den schon seit längerer Zeit angekündigten Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zugehen lassen.

Der Entwurf bestimmt in seinem Paragra. 1 zur Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft wird unter dem Namen „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Landwirtschaftliche Zentralbank“ eine Anstalt mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Paragra. 2 umgrenzt den Zweck des Instituts folgendermaßen: Aufgabe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen unter Einschluß der Förderung der Bodenkultur und landwirtschaftlichen Siedlung. Die Kreditgewährung darf nur an die in der Satzung bezeichneten Kreditinstitute und Stellen erfolgen. Bei der Kreditgewährung sind die Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Länder und Landestheile anzuwenden zu berücksichtigen.

Paragra. 3 beschränkt die Befugnis des Instituts auf folgende Geschäfte:

1. Zinsbare Darlehen zu gewähren:
 - a) an die in der Satzung bezeichneten Kreditinstitute zum Zwecke der Verforgung der deutschen Landwirtschaft mit Real- und Personalcredit.
 - b) an die Länder und an die von der Reichsregierung oder von den Landesregierungen bezeichneten Organisationen für Zwecke der Förderung der Bodenkultur.
2. Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum achtfachen Betrage ihres Kapitals auszugeben.
3. Darlehen für die in Ziffer 1a und b) bezeichneten Zwecke auf die Dauer von mindestens einem Jahr auszunehmen.
4. Devisen zu kaufen und zu verkaufen.
5. Verfügbare Kassenbestände durch kurzfristige Anlage bei sicheren Bankfirmen nutzbar zu machen. Bei der Gewährung von Darlehen an die Personalkreditanstalten sind die Zinsbedingungen so zu gestalten, daß die letzten Kreditnehmer grundsätzlich den gleichen Zinssatz zu tragen haben.

In den übrigen Paragraphen des Gesetzes wird u. a. bestimmt, daß das Institut der Aufsicht des Reiches unterstellt wird. Das Kapital wird aus Mitteln gebildet, die sich aus der Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankanteilen ergeben; bei Liquidierung der Rentenbank gehen die Vermögenswerte auf die Kreditanstalt über. Der Reingewinn darf nur für landwirtschaftliche Zwecke im Sinne des § 2 verwendet werden, soweit der Reingewinn nicht zur Erhöhung des Kapitals oder Rücklagen und der Sonderrücklagen dient.

Das Honorar der Schiedsrichter.

Aus dem preussischen Barnatausfluß.

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags wurde in der Mittwochsitzung General a. D. v. Libonius, Aufsichtsrat und Berater im Michaelkonzern, als Zeuge vernommen. Er sagte aus, daß anlässlich einer geschäftlichen Differenz zwischen Kutscher und dem Michaelkonzern die Staatsbank als Schiedsrichter aufgetreten sei und die Abteilungsleiter Dr. Helmig und Dr. Föhe tätig gewesen seien. Während oder vor dem Schiedsgericht sei von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen. Nach dem Schiedsspruch habe er von Michael den Auftrag erhalten, die Frage der Schiedsrichtergebühren zu regeln.

Ich wies, so führte der Zeuge aus, die Herren Dr. Helmig und Dr. Föhe, die eine Forderung nicht stellen wollten, darauf hin, daß die Annahme von Gebühren berechtigt sei. Sie möchten doch den Staatsbankpräsidenten fragen. Die Herren erwiderten, der Präsident habe bereits nach den Gebühren erwidert. Auch habe dann Herr Michael den Satz von 20 000 Mark für jeden Herrn vorgebracht. Bei dem recht hohen Objekt hätten sich bei genauer Anrechnung ungefähr 56 000 Mark Gebühren ergeben.

Der Zeuge erklärte auf weitere Fragen, er habe auch in allerletzter Zeit erfahren, daß die beiden Herren außer den Gebühren von Kutscher ein Honorar von 12 000 Mark erhalten haben. Das Honorar sei nach seiner Meinung nicht unverhältnismäßig hoch gewesen, denn die beiden Schiedsrichter

atten eine lange und anstrengende Arbeit zu leisten. Um die Unterlagen für die schwierigen Zinsberechnungen zu schaffen, hätten Unterbeamte der Staatsbank umfangreiche Berechnungen angefertigt. Aus der Frage, ob das denn nach den Dienstvorschriften der Staatsbank zulässig gewesen sei, erklärte Staatsbankpräsident Eschdörfer, er erfahre erst jetzt von dieser Inanspruchnahme von Unterbeamten und werde nähere Erkundigungen einziehen.

Die Kredite der Landespfandbriefanstalt.

Im Landtagsuntersuchungsausschuß für die Kreditgeschäfte der Landespfandbriefanstalt wurde die Berechnung des Geheimrat Nehring, des bisherigen Direktors der Pfandbriefanstalt, fortgesetzt. Er suchte seine Geschäftsführung damit zu entlasten, daß er erklärte, auch andere öffentliche Kassen und Pfandbriefanstalten hätten derartige Geschäfte abgeschlossen wie die Landespfandbriefanstalt. Er will diese Kassen aber nicht in der Öffentlichkeit nennen. Von den Wechseln, die als Deckung für das Darlehen der Landespfandbriefanstalt gegeben worden seien, sei wahrscheinlich nur ein Wechsel gut, der auf den Namen des Mitverwaltungsbesizers Zizewitz laute. Die Gesamthöhe der vier als Deckung gegebenen Wechsel betrage 4 1/2 Millionen Mark. Die Landespfandbriefanstalt hatte selbst angeblich gar nicht genügend flüssige Mittel, um so hohe Kredite an private Kreditnehmer abzugeben. Nehring hat aber, wenn von Zizewitz oder die anderen Herren der Zizewitz-Eschdörfer-Gesellschaft mit Kreditgeschäften an ihn kontrahiert, sich erst von anderen öffentlichen Instituten, gelegentlich auch von Großbanken, Geld besorgt, um es an v. Zizewitz und v. Eschdörfer weiterzugeben, angeblich weil er sich bei diesem Leihgeschäft für die Landespfandbriefanstalt finanzielle Vorteile verbrähe.

Sabotage im Escheta-Prozess.

Fernbleiben der Verteidiger. — Die Angeklagten verweigern die Aussage.

Nach der zwangsvollen Entfernung des Rechtsanwalts Samter hat Rechtsanwalt Rosenfeld im Namen der Gesamtverteidigung um Vertagung der Verhandlungen auf Donnerstag, da die Verteidigung bei den zuständigen Stellen wegen des Zwischensfalls vorstellig werden wollte. Nach anberaubtständiger Beratung lehnte jedoch der Staatsgerichtshof den Antrag der Verteidigung auf Aussetzung der Verhandlungen ab. Sämtlich Verteidiger, bis auf zwei, verließen darauf den Saal. Auf Antrag des Reichsanwalts Neumann wurde nunmehr die Verhandlung unterbrochen, um inzwischen Offizialverteidiger zu bestellen. Vorher gab der Angeklagte Mayer zugleich im Auftrage der Angeklagten Kuhl, Jantow und Galup die Erklärung ab, daß sie mit einem Offizialverteidiger Feinerlei Besprechungen abhalten und jede Aussage verweigern würden, falls sie ihre Wahlverteidiger nicht bekommen würden.

Bestellung von Offizialverteidigern.

Am Mittwoch teilte der Vorsitzende bei Beginn der Sitzung mit, daß, nachdem die Wahlverteidiger ohne Genehmigung des Gerichts den Saal verlassen hätten, die Rechtsanwälte Drechsler, Rischke, Fiedler und Blume als Offizialverteidiger bestellt worden wären.

Hierauf fuhr der Vorsitzende in der Verlesung des Geständnisses des Angeklagten Eszen fort. Dieser erklärte jedoch, jede Aussage dazu zu verweigern. Die Verlesung des Protokolls ergab nichts wesentlich Neues. Hierauf kam unter Protest des Angeklagten Poegel, der ebenfalls jede Aussage verweigerte, ein Geständnis zur Verlesung, das Poegel als Zeuge in einer badiischen Sache vor dem Untersuchungsrichter abgelegt hatte. Darin äußert sich Poegel ausführlich über die Partisanen-Bewegung und den Aufbau einer roten Armee, deren Organisation in den Händen des „Turtelstaxers“, des Russen August Klein, lag. Poegel selbst bildete eine P.-Gruppe in Leipzig, die aber nicht in Tätigkeit trat. In dem Geständnis äußert sich Poegel weiter über seine Tätigkeit bis zur Aufnahme in die Gruppe Hans, die in großen Zügen bereits bekannt ist. In Steffin sollte er das Verkehrs-, Telegraphen- und Kundendienst organisieren, wurde aber, da er keine Spezialkenntnisse hatte, zurückgeschickt.

Die Sitzung wurde darauf unterbrochen, da der Angeklagte Poegel nicht mehr folgen konnte. Die Sachverständigen werden beauftragt, den Angeklagten zu unterlegen.

Die ärztliche Untersuchung ergab die Verhandlungsunfähigkeit Poegels. Hierauf sollte der Anwalt

